

Protokoll

24. öffentliche Sitzung des Ausschusses Schule und Kultur (Kreisschulausschuss) vom 19.11.2025, Aula der Jeetzel-Oberschule Lüchow, Schulweg 1

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 2. Produkthaushalt 2026
- 2.1. Erläuterungen zur Bauunterhaltung und bauliche Maßnahmen durch das Gebäudemanagement
- 2.2. Produkthaushalt 2026: Budget Schulen und Produkt 28101 Kultur u. Museum 2025/653
- 3. Förderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ 2025/655
- 4. Projektförderung „Digitalisierung im Verbund“ 2025/659
- 5. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 5.1. Ergebnisse der Juniorenwahlen an den kreiseigenen Schulen 2025/654
- 5.2. Unterrichtung erfolgter Vergabe - Lieferung eines Klassensatzes Notebooks, MS-Office und Mäusen für den Informatik-Raum der Nicolas-Born-Schule in Dannenberg 2025/650
- 5.3. Produkthaushalt 2026: Produkt 24101 Schülerbeförderung 2025/598

Nicht öffentlicher Teil

- 6. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
- 7. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

- KTA Bade, Heike
- KTA Flöter, Anja
- KTA Fricke, Christine anwesend bis 17:22 Uhr
- KTA Haase-Mühlner, Alexander stellv. Vorsitzender
- KTA Klepper, Hermann-Dieter
- KTA Kretschmer, Sabine anwesend ab 15:10 Uhr
- KTA Schulz, Torsten
- KTA Schwidder, Norbert Vorsitzender
- KTA Wiehler, Julie anwesend ab 15:05 Uhr
- KTA Allgayer-Reetze, Patricia
- KTA Fathmann, Bernard
- beratendes Mitglied Flügge, Eva-Maria anwesend bis 17:47 Uhr
- Arbeitgebervertreter Krüger, Frederic
- Lehrervertreterin allg. Schulen Prigge, Sarah anwesend bis 17:20 Uhr
- Schülerinnen- & Schülervvertretung Wittig, Nick
- BBS Lehrervertreter Zimmermann, Cyrille-Laurent
- Erster Kreisrat Schermuly, Simon-Daniel
- FDL Schulen Olm, Lucas
- Wolff, Karen
- Raeder, Jenny
- gAöR Meier, Eckhardt
- gAöR Schrod, Manfred

Gäste:

- Drawehn-Schule Clenze Baum, Anja
- BBS Lüchow Eilts, Stefan
- Bernhard-Varenius Schule Hitzacker Lumpe, Sabrina
- Regionale Landesamt für Schule u. Bildung Lüneburg Meyer, Martina
- Jeetzel-Oberschule Lüchow Sonderhoff, Hilke
- Nicolas-Born-Schule Dannenberg Steffen, Miriam
- Gymnasium Dannenberg Weingarten, Jutta
- Elbauenschule Gartow Widow, Andreas

Es fehlen:

KTA Behning, Kurt	entschuldigt
beratendes Mitglied Hanke, Herbert	entschuldigt
beratendes Mitglied Voß, Gesine	
Arbeitnehmersvertreter Lüning, Peter	
Elternvertreter allg. Schulen Schulz, Bianca	entschuldigt
Gymnasium Lüchow Bartholomai, Rainer, Dr.	entschuldigt
Regionale Landesamt für Schule u. Bildung Lüneburg Broy, Wolfgang	
Regionale Landesamt für Schule u. Bildung Lüneburg Scheel, Gabriele	entschuldigt

Beginn: 15:01 Uhr **Ende:** 17:59 Uhr

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

KTA Schwidder begrüßt die Anwesenden zur Sitzung des Kreisschulausschusses in der Jeetzel-Oberschule Lüchow und stellt fest, dass mehrere Personen entschuldigt fehlten, darunter Herr Dr. Bartolomei, die Landrätin sowie – nach Ergänzung durch **KTA Bade** – auch Bianca Schulz. Weitere Entschuldigungen lägen nicht vor, verspätetes Erscheinen einzelner Teilnehmender wären möglich.

Er stellte sich als Vorsitzender des Schulausschusses vor und klärte gegenüber anwesenden Gästen ihre Rolle als Zuhörende ohne Rederecht außerhalb der Einwohnerfragestunde. Er dankt der Presse für die Anwesenheit.

Zum Verfahren erläutert er, dass bestimmte Themen – insbesondere zum Schülerverkehr – trotz originärer Zuständigkeit eines anderen Fachausschusses im Schulausschuss mitberaten werden. Er schlägt vor, einen Haushaltspunkt gemeinsam mit weiteren empfehlungsrelevanten Punkten zu beraten, um einen inhaltlichen Zusammenhang herzustellen. Widerspruch erfolge nicht.

Für das Protokoll stellt er fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen worden ist und Beschlussfähigkeit besteht, da mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind.

Weiter informiert er, dass die Ergebnisse der Juniorwahlen an kreiseigenen Schulen aufgrund einer Anfrage von **KTA Haase-Mühlner** aufgenommen worden sind. Es ist beabsichtigt, hierzu in Abstimmung mit der Landesschulbehörde Lüneburg einen eigenen Tagesordnungspunkt in einer der kommenden Sitzungen zu behandeln. Die Schulleitungen bittet er, die jeweils beteiligten Lehrkräfte einzubeziehen und deren Teilnahme zu ermöglichen.

Auf Nachfrage von Frau Weingarten erläutert er, dass konkrete Sitzungstermine derzeit noch in Abstimmung sind. Aufgrund schulischer Abläufe erscheint ein Termin im April oder Mai wahrscheinlicher als der nächste Sitzungstermin Ende Januar.

Abschließend fragt er nach Änderungs- oder Ergänzungswünschen zur Tagesordnung. Da keine Einwände erhoben wurden, hält er für das Protokoll fest, dass die Tagesordnung einvernehmlich angenommen ist, und leitet zur Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner über.

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Haacke stellt sich als Manfred Haacke vom Sportclub Lüchow vor und erklärt, er beziehe sich auf Tagesordnungspunkt 3. Er fragt, ob – wie in der vorherigen Sitzung in Gartow – vorgesehen ist, seine Wortmeldung erst unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt zuzulassen oder ob er bereits jetzt vortragen soll.

KTA Schwidder schlägt vor, das Verfahren der Kommunalverfassung erneut anzuwenden und Herrn Haacke sowie Herrn Tribian, Abteilungsleiter Fußball beim Sportbund, unter Tagesordnungspunkt 3 als sachverständige Einwohner einzubeziehen. Er regt an, hierüber unmittelbar abstimmen zu lassen, um Klarheit zu schaffen.

Er fragt nach Gegenrede zu diesem Vorschlag. Da keine Wortmeldung erfolgt, lässt er über den Antrag abstimmen. Die stimmberechtigten Mitglieder stimmten einstimmig zu; Gegenstimmen oder Enthaltungen liegen nicht vor.

KTA Schwidder stellt anschließend fest, dass keine weiteren Anfragen vorliegen, und leite zum nächsten Tagesordnungspunkt über, bei dem die Verwaltung das Wort erhalte.

2. Produkthaushalt 2026

Herr Olm erläutert einleitend den Aufbau der Haushaltsdarstellung für die neu anwesenden Schülervertreter und Schülervertreterinnen. Er führt aus, dass das Budget 3 alle weiterführenden Schulen des Landkreises einschließlich der Musikschule sowie den Fachdienst 40 umfasst. Die Schulen sind in sogenannte Produkte gegliedert, etwa in Gymnasien oder die Oberschule Clenze als jeweils eigenständige Produktbereiche. Insgesamt gibt es sechs Produkte im Budget 3. Im Bereich der baulichen Anlagen unterscheidet er zwischen Bauunterhaltung und Investitionen.

Er erklärt weiter, dass das Gebäudemanagement für bauliche, technische und brandschutzrechtliche Belange zuständig ist, da diese Fachkenntnisse nicht in der Schulverwaltung selbst vorliegen. Das Gebäudemanagement übernimmt die Bewirtschaftung der Gebäude und Flächen sowie Planung, Skizzierung und Umsetzung von Neubauten oder Erweiterungsbauten. Aus diesem Grund ist die Darstellung des Haushaltes aufgeteilt worden. Zunächst stellt das Gebäudemanagement die geplanten Maßnahmen der Bauunterhaltung und Investitionen an den Schulen vor. Anschließend wird der Bereich der sachlichen und digitalen Ausstattung behandelt, für den der Fachdienst zuständig ist. Er übergibt sodann an Herrn Meier vom Gebäudemanagement zur Vorstellung des Bauunterhalts und der Investitionen.

2.1. Erläuterungen zur Bauunterhaltung und bauliche Maßnahmen durch das Gebäudemanagement

Herr Meier erläutert die vorgesehenen Investitionsmaßnahmen für die Schulen des Landkreises Lüchow-Dannenberg und beginnt mit der Drawehn-Schule Clenze. Er führt aus, dass in der Mensa raumakustische Maßnahmen vorgesehen sind. Bereits umgesetzte erste Maßnahmen haben sich als nicht ausreichend erwiesen, sodass zusätzliche akustische Deckenverkleidungen in geeigneten Deckenbereichen geplant sind, um die Raumakustik zu verbessern und den Aufenthalt in der Mensa angenehmer zu gestalten.

Er erklärt weiter, dass die unter dem Titel Bauunterhaltung geführten Maßnahmen insbesondere Wartungs-, Prüf- und Instandhaltungsarbeiten an technischen Anlagen sowie temperaturbezogene Maßnahmen umfassen, die regelmäßig in allen Liegenschaften anfallen und daher nicht im Einzelnen erläutert werden.

Für die Drawehn-Schule Clenze ist zudem der Austausch der Beleuchtung vorgesehen, insbesondere der Ersatz alter Leuchtmittel durch LED-Technik, häufig im Zusammenhang mit Deckenerneuerungen. Weiterhin soll der Bodenbelag in der Mensa aufgearbeitet beziehungsweise teilweise erneuert werden.

Darüber hinaus sind Maßnahmen am Fensterbestand vorgesehen. Er unterscheidet hierbei zwischen Fensteraustausch, bei dem alte Fenster vollständig ersetzt werden, und Fenstersanierungen im Rahmen der Instandsetzung, bei denen bestehende Fenster erhalten und instandgesetzt werden.

Zusätzlich sind Schallschutzdecken in den Fluren geplant, da dort teilweise noch Betondecken vorhanden sind und insbesondere zu Stoßzeiten ein hoher Lärmpegel herrscht. Durch die Maßnahmen soll die Lärmbelastung reduziert werden.

Für die vergleichsweise neue Sporthalle der Drawehn-Schule Clenze sind derzeit keine baulichen Maßnahmen vorgesehen. Abschließend bietet er an, nach der Vorstellung der jeweiligen Schule Fragen zu beantworten.

Herr Meier leitet über zu den Maßnahmen am Schulzentrum Dannenberg. Er führt aus, dass am Standort Riemannstraße 1 die Lehrertoiletten saniert werden. Am Standort Lindenweg 18 sind Entsiegelungsmaßnahmen vorgesehen. Erste Maßnahmen sind bereits umgesetzt worden, unter anderem durch die Ergänzung eines Spielgeräts sowie die Aufnahme befestigter Flächen. Aufgrund des hohen Versiegelungsgrades soll die Fläche weiter aufgelockert werden, um die Aufenthalts- und Pausenqualität zu verbessern.

Weiterhin sind Sanierungen der Toilettenanlagen in allen drei Geschossen (Erdgeschoss, erstes und zweites Obergeschoss) vorgesehen. Er erläutert, dass das Gebäude nach Fertigstellung des Lernhauses 1 insgesamt saniert werden soll. Unabhängig davon ist es erforderlich, das Bestandsgebäude bis dahin in einem funktionalen und ordnungsgemäßen Zustand zu erhalten. Die Toilettenanlagen werden voraussichtlich an ihrem bisherigen Standort verbleiben, wenn auch mit angepasster Planung, sodass die jetzige Sanierung keine kurzfristig obsolet werdende Maßnahme darstellt.

Herr Meier führt weiter aus, dass die übrigen Gebäude des Schulzentrums Dannenberg ausschließlich über Bauunterhaltungsmaßnahmen berücksichtigt werden. Der Sportplatz in Dannenberg wird zwar erwähnt, gehört jedoch zu den Investitionsmaßnahmen und wird zu einem späteren Zeitpunkt dargestellt. Für die übrigen Gebäude sind keine Investitionen vorgesehen, sondern lediglich laufende Bauunterhaltungsmaßnahmen. Er fragt abschließend, ob hierzu Fragen bestehen.

Frau Weingarten erkundigt sich, welches konkrete Gebäude am Standort Riemannstraße betroffen ist, in dem die Sanierung der Lehrertoiletten vorgesehen ist. Sie stellt klar, dass es sich nicht um die Riemannstraße 1, sondern um die Riemannstraße 3 handelt. Sie erläutert, dass es am Standort mehrere Gebäude gibt und präzisiert abschließend, dass die Maßnahme das Gebäude Riemannstraße 3 betreffen.

Herr Meier geht zur Elbauenschule in Gartow über und erläutert, dass dort im Eingangsbereich Pflasterarbeiten vorgesehen sind. Ziel ist es, größere Bereiche zu befestigen, um den Eintrag von Schmutz in das Gebäude zu reduzieren und die Situation insgesamt zu verbessern.

Weiter führt er aus, dass Maßnahmen zum Brandschutz sowie zur Elektrosanierung vorgesehen sind. Dabei handelt es sich um die Fortführung bereits begonnener Maßnahmen. Für das laufende Jahr sind hierfür Umbaumaßnahmen eingeplant. Die dafür veranschlagten Mittel in Höhe von 350.000 Euro dienen der Weiterführung dieser Arbeiten.

Für die Sporthalle der Elbauenschule Gartow sind im kommenden Jahr keine baulichen Maßnahmen vorgesehen.

KTA Bade fragt nach, zu welchem Zeitraum die geplanten Maßnahmen an der Heizungsanlage der Sporthalle umgesetzt werden und erkundigt sich, ob diese erst im übernächsten Jahr vorgesehen sind.

Herr Meier erklärt, die Maßnahme ist vorgesehen. Er führt aus, dass die bestehende Lüftungsheizung durch eine Flächenheizung ersetzt werden soll, konkret durch eine Fußbodenheizung. Lüftungsheizungen sind sowohl aus energetischer Sicht als auch im Hinblick auf Wartung und Pflege nicht mehr zeitgemäß. Zwar erfolge die Wärmeerzeugung über Fernwärme, die Wärmeverteilung findet derzeit jedoch über eine Lüftungsanlage mit integriertem Wärmetauscher statt, der zugleich Heizung und Lüftung übernimmt. Künftig soll die über die Anlage bereitgestellte Wärme über Fußbodenheizungen abgegeben werden, wodurch die bisherige Form der Wärmeverteilung ersetzt wird.

Herr Meier leitet zur Bernhard-Varenius-Schule über und erläutert, dass der Neubau der Toiletten im Erdgeschoss vorgesehen ist, die konkrete Ausführung jedoch noch geprüft wird. Hintergrund sind laufende Planungen im Rahmen des Startchancenprogramms an der Bernhard-Varenius-Schule-Hitzacker, in die der Toilettenbau möglicherweise integriert wird. Eine Entscheidung hierzu soll im kommenden Jahr fallen. Zur Schulhofgestaltung erklärt er, dass eine möglichst weitgehende Entsiegelung vorgesehen ist, um Aufenthaltsqualität und Beschattung zu verbessern. Zudem sind Maßnahmen zur Umsetzung des neuen Brand-

schutzkonzeptes sowie zur Elektrosanierung geplant. Erste brandschutzrelevante Maßnahmen werden unabhängig von weiteren Umgestaltungsplanungen umgesetzt, da sie zwingend erforderlich sind.

Herr Meier erläutert die geplanten Maßnahmen im Schulzentrum Lüchow. Am Standort Schulweg 2, dem Gymnasium, ist die Sanierung des Fußbodens im Musikraum vorgesehen. Es handelt sich vorraussichtlich um einen Holzfußboden, der aufgearbeitet wird.

Am Standort Schulweg 1, der Jeetzel-Oberschule, soll die Außentreppe erneuert werden. Eine bloße Sanierung hat sich aufgrund wiederholter Frost- und Witterungsschäden als nicht nachhaltig erwiesen, weshalb nun eine umfassendere Erneuerung vorgesehen ist. Zudem sind der Austausch von Klassenraumtüren, die Instandsetzung von Fenstern sowie die Sanierung der Bio- und Physikräume geplant.

Zum Ablauf führt er aus, dass 2026 die Planung und Angebotsphase erfolgt und anschließend die Beauftragung. Die Umsetzung ist für das Folgejahr vorgesehen, da für die Ausstattung von Fachunterrichtsräumen lange Vorlaufzeiten bestehen. In der Regel erfolgen solche Sanierungen in den Sommerferien. Abweichungen sind abhängig von der Nutzbarkeit der Räume und werden mit der Schule abgestimmt.

Frau Sonderhoff merkt an, dass eine frühere Umsetzung der Maßnahmen grundsätzlich möglich ist.

Herr Meier erwidert, dass sich bei einer früheren Umsetzung der Maßnahmen der Zeitplan entsprechend beschleunigen kann.

Er erläutert weiter die Maßnahmen an den brufsbildenden Schulen. Dort sind Bauunterhaltungsmaßnahmen vorgesehen. Zudem soll die Beleuchtung in der KFZ-Werkstatt erneuert und die Lüftungsanlage instand gesetzt werden. Weiterhin ist die Sanierung der Schülertoiletten vorgesehen, deren Umfang eine größere Maßnahme darstellt.

Die übrigen Gebäude im Schulzentrum Lüchow werden ebenfalls im Rahmen der Bauunterhaltung berücksichtigt und mit entsprechenden Unterhaltungsmaßnahmen versehen.

Frau Sonderhoff weist darauf hin, dass in der Übersicht eine Erneuerung der Trennwand im Musikraum sowohl unter Bauunterhaltung als auch unter Investitionen aufgeführt ist, und fragt, ob es sich um unterschiedliche Räume handelt.

Herr Meier erläutert, man ist zunächst davon ausgegangen, dass die Trennwand vollständig ausgetauscht werden muss, deshalb ist sie als Investitionsmaßnahme eingeordnet worden. Inzwischen hat sich gezeigt, dass möglicherweise eine Instandsetzung ausreicht, bei der lediglich defekte Teile ersetzt werden und die bestehende Wand erhalten bleibt. Welche der beiden Varianten umgesetzt wird, ist noch zu prüfen; eine der Maßnahmen wird in jedem Fall durchgeführt.

Er fährt fort und erläutert Maßnahmen an der Johannisstraße, der Musikschule, die im Rahmen der Bauunterhaltung umgesetzt werden. Weitere Fragen hierzu bestünden nicht.

Anschließend erklärt Herr Meier den Unterschied zwischen Sonderunterhaltungs- und Investitionsmaßnahmen. Sonderunterhaltungsmaßnahmen dienen dem Werterhalt eines Gebäudes, Investitionsmaßnahmen sind wertsteigernd oder betreffen Neubauten.

Zu den allgemeinen Maßnahmen führt er aus, dass in mehreren Gebäuden Heizungen ausgetauscht werden sollen. Da diese gegen Wärmepumpen ersetzt und gefördert werden, handelt es sich um Investitionsmaßnahmen. Zudem erläutert er den Haushaltsposten „Kleininvestitionen“, der kleinere investive Maßnahmen über 1.000 Euro ermöglicht, ohne für jede einzelne Maßnahme gesonderte Mittel beantragen zu müssen.

Für das Schulzentrum Dannenberg sind Investitionen in einen außenliegenden Sonnenschutz in Höhe von 30.000 Euro vorgesehen. Ziel ist es, Systeme zu wählen, die bei späteren Baumaßnahmen rückgebaut und wiederverwendet werden könnten. Entsprechende Sonnenschutzmaßnahmen sind auch für die Riemannstraße 3 geplant. Dabei handelt es sich um außenliegende Lamellenvorhänge, die sowohl dem Wärmeschutz als auch dem sommerlichen Hitzeschutz dienen und effektiver sind als bisherige Lösungen.

Abschließend fragt Herr Meier, ob es weitere Fragen zum Schulzentrum Dannenberg gibt.

KTA Schwidder erkundigt sich zur Finanzierung der geplanten Maßnahmen am Sportplatz Dannenberg. Er verweist auf einen vorgesehenen Betrag von rund 105.000 Euro für das kommende Jahr, der auf Rückmeldungen der Schulen beruht. Da eine vollständige Förderung nicht sicher ist, fragt er nach der Absicherung eines Eigenanteils beziehungsweise einer vollständigen Eigenfinanzierung im Fall einer Ablehnung des Förderantrags. Für das Protokoll hält er fest, dass mit der heutigen Beschlussempfehlung vorgesehen ist, die erforderlichen Mittel in Höhe von rund 105.000 Euro zusätzlich, das heißt unabhängig von einer möglichen Förderung, einzuplanen.

Frau Weingarten erkundigt sich, ob der außenliegende Sonnenschutz am Fritz-Reuter-Gymnasium auch für das Gebäude am Lindenweg vorgesehen ist, da dort im Sommer ein erheblicher Hitzeschutzbedarf besteht.

Herr Meier erläutert, dass Sonnenschutzmaßnahmen auch für die Folgejahre geplant sind und Prioritäten noch festgelegt werden müssen. Für das aktuelle Jahr sind 30.000 Euro vorgesehen.

Zur Bernhard-Varenius-Schule erklärt er, dass die vorgesehenen Maßnahmen auf Bedarfen der Schule im Rahmen des Start-Chancen-Programms beruhen. Hierfür ist zunächst ein Betrag in Höhe von 250.000 Euro eingestellt. Geplant sind Sanierungen von Fachunterrichtsräumen sowie eine stärkere Nutzung der breiten Flure als Lern- und Unterrichtsbereiche. Dies entspricht dem Ansatz einer Cluster- bzw. Lernzonenlösung, bei der Unterrichts- und Differenzierungsbereiche flexibler gestaltet würden. Ziel ist eine bessere Raumnutzung und pädagogische Weiterentwicklung. Die Umsetzung soll über das Startchancenprogramm gefördert werden.

Zur Sporthalle in Hitzacker erläutert er die geplante Überdachung des Eingangsbereichs, um bestehende Durchfeuchtungsprobleme zu beheben und zugleich einen witterungsgeschützten Aufenthaltsbereich zu schaffen. Zusätzlich sind Maßnahmen im Außenbereich vorgesehen, teils auch in Eigenleistung.

Für das Schulzentrum Lüchow, Schulweg 2, stellt er dar, dass zur Herstellung der Barrierefreiheit mindestens eine Aufzugsanlage erforderlich ist. Hierfür sind rund 100.000 Euro eingeplant. Weitere Maßnahmen betreffen u. a. Mülltonnen-Standplätze. Entsprechende Punkte sind auch für den Standort Schulweg 1 vorgesehen. Die bereits angesprochene Trennwand im Musikraum bleibt Bestandteil der Planung.

Abschließend erläutert er, dass am Standort Amtsfreiheit 7 der Physik-Fachunterrichtsraum saniert werden soll. Diese Maßnahme ist aus dem Vorjahr verschoben wurde, da zunächst der Chemieraum wegen anstehender Abiturprüfungen vorgezogen saniert werden musste. Die Mittel für den Physikraum sind daher für 2026 vorgesehen.

Frau Sonderhoff erkundigt sich nach dem vorgesehenen Mülltonnen-Standplatz und erläutert, dass die Mülltonnen am Standort derzeit offen und frei zugänglich beim Parkplatz stehen und auch von externen Personen genutzt werden.

Herr Meier erklärt, dass Mülltonnen-Standplätze eingefasste und möglichst überdachte Bereiche sind, um Brandgefahren zu vermeiden, da Brände von Mülltonnen in Gebäudenähe zu erheblichen Schäden führen können, die nicht versichert sind.

KTA Schwidder dankt Herrn Meier für die Ausführungen und greift anschließend die Diskussion zum außenliegenden Sonnenschutz auf. Er weist darauf hin, dass im Rahmen der Haushaltsberatung grundsätzlich Verwaltung, Gebäudemanagement und Schulen gemeinsam priorisieren müssen. Sollten gravierende Probleme bestehen, regt er an, diese ggf. gesondert und gezielt im Ausschuss zu behandeln.

Frau Weingarten macht deutlich, dass das Thema Sonnenschutz für beide Gebäude bereits 2024 im Arbeitssicherheitsausschuss gemeldet worden ist. Die sommerliche Hitze beeinträchtigt den Unterricht erheblich, sodass Schülerinnen und Schüler nicht mehrere Jahre auf Abhilfe warten könnten. Die Problematik ist der Verwaltung bekannt. Aufgrund der unterschiedlichen baulichen Ausstattung der Standorte hält sie eine einseitige Lösung für unzureichend.

KTA Schwidder dankt für die Klarstellung und stellt die zentrale Frage an Verwaltung und Gebäudemanagement, ob die von der Schule geschilderten Maßnahmen mit den für 2026 vorgesehenen Mitteln umsetzbar sind oder ob weiterer Handlungsbedarf besteht.

Herr Olm erklärt, dass er die Problematik des fehlenden Sonnenschutzes durch die Teilnahme an dem genannten Arbeitssicherheitsausschuss erfahren hat und durch Begehung der betroffenen Räume bestätigen kann. Die Situation ist für ihn nachvollziehbar. Er hat diese Problematik mehrfach an das Gebäudemanagement weitergegeben, verfügt selbst jedoch nicht über den technischen Sachverstand, um Kosten oder konkrete Maßnahmen zu bewerten.

Herr Meier erläutert, dass mit den aktuell vorgesehenen 30.000 Euro lediglich ein Gebäude mit außenliegendem Sonnenschutz ausgestattet werden kann. Für beide Gebäude des Fritz-Reuter-Gymnasiums reichen die Mittel nicht aus; eine Priorisierung ist erforderlich.

KTA Klepper fragt nach dem grundsätzlichen Stellenwert von Resilienzmaßnahmen an Schulen, insbesondere Sonnenschutz, Begrünung und Klimaanpassung, für das Gebäudemanagement.

Herr Meier erklärt, dass der steigende Hitzeschutzbedarf bekannt ist und in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird. Schulhofgestaltungen werden zunehmend mit Entsiegelung und Begrünung geplant. Da neu gepflanzte Bäume erst nach Jahren ausreichend Schatten spenden, werden übergangsweise Sonnensegel eingesetzt und parallel langfristig Grünstrukturen aufgebaut. Der Einsatz sehr großer Bäume ist zwar möglich, aber kostenintensiv und planerisch begrenzt.

KTA Klepper gibt zu bedenken, dass größere Bäume schneller Wirkung entfalten könnten und reine Sonnensegel keine nachhaltige Lösung darstellen.

Herr Meier entgegnet, dass selbst größere Bäume mehrere Jahre benötigen, um wirksamen Schatten zu spenden, und sehr große Exemplare Kosten im sechsstelligen Bereich verursachen können. Zudem müssen rechtliche und planerische Vorgaben eingehalten werden.

KTA Wiehler stellt daraufhin den Antrag, den Investitionsplan um zusätzliche Mittel für weiteren Sonnenschutz zu erweitern. Sie begründet dies damit, dass Unterricht bei übermäßiger Hitze faktisch nicht möglich ist und diese Maßnahme gegenüber anderen Verbesserungen Vorrang haben müsse. Wenn ohnehin Baumaßnahmen stattfinden, ist eine gleichzeitige Umsetzung sinnvoll.

KTA Schwidder fragt Herrn Meier, welche zusätzlichen Mittel konkret erforderlich sind, um den gemeldeten Bedarf der Schule im kommenden Jahr zu decken.

Herr Meier erklärt, er ist auf diese Frage nicht vorbereitet gewesen, geht jedoch davon aus, dass sich der zusätzliche Bedarf in vergleichbarer Größenordnung bewegt.

KTA Schwidder fasst zusammen, dass damit ein zusätzlicher Ansatz von 30.000 Euro beantragt wird, und fragt nach Gegenrede.

KTA Flöter äußert Vorbehalte. Sie betont zwar die Bedeutung des Sonnenschutzes, weist jedoch darauf hin, dass die Haushaltslage des Landkreises angespannt ist und möglicherweise sogar eine Erhöhung der Kreisumlage diskutiert werden muss. Vor diesem Hintergrund fällt es ihr schwer, weitere Mittel bereitzustellen.

KTA Flöter äußert weiterhin erhebliche Bedenken hinsichtlich der Finanzierung zusätzlicher Mittel. Sie betont, dass sie Investitionen grundsätzlich befürwortet, jedoch Unsicherheit darüber hat, wie diese finanziell bewältigt werden sollen. Sie regt an zu prüfen, ob Einsparpotenziale an anderer Stelle bestehen, etwa bei der vorgesehenen Trennwand im Musikraum der Jeetzel-Oberschule. Falls dort statt eines vollständigen Austauschs lediglich eine Erneuerung erfolgt, könnten möglicherweise rund 15.000 Euro frei werden, die für den zusätzlichen Sonnenschutz eingesetzt werden können.

KTA Wiehler entgegnet, dass die in den Investitionsübersichten genannten Summen Höchstansätze darstellen und absehbar nicht vollständig im kommenden Jahr umgesetzt werden. Sie geht weder von einer kurzfristigen vollständigen Elektrosanierung des Kreishauses noch von umfangreichen Investitionen in die Flüchtlingsunterkunft aus. Diese Ansätze belasten den Haushalt daher faktisch nicht unmittelbar. Zudem handelt es sich um investive Positionen, die sich von der laufenden Haushaltsdiskussion unterscheiden. Die aktuell vorliegende Übersicht ist eine gesetzlich erforderliche Vorlage der Kämmerin und keine abgeschlossene Entscheidung; eine Erhöhung der Kreisumlage ist damit keineswegs beschlossen.

KTA Flöter erklärt vor diesem Hintergrund, dass sie sich dem Antrag anschließen kann, die zusätzlichen 30.000 Euro bereitzustellen, zumal die Problematik des Sonnenschutzes bereits seit 2024 bekannt ist. Sie äußert die Hoffnung, dass sich durch Verschiebungen oder Minderausgaben an anderer Stelle ein Ausgleich ergeben kann.

Frau Weingarten dankt für die Unterstützung und betont erneut die hohe Dringlichkeit des Hitzeschutzes. Sie bittet darum, die Maßnahme entsprechend zu priorisieren, da die Beeinträchtigungen des Unterrichts erheblich seien.

KTA Schwidder erläutert das weitere Verfahren. Der Antrag von KTA Wiehler bedeutet, den Investitionsplan um zusätzliche 30.000 Euro zu erweitern, wodurch sichergestellt wird, dass die von der Schule gemeldeten Maßnahmen im kommenden Jahr umgesetzt werden können. Ohne diese Erweiterung besteht lediglich die Hoffnung auf Umschichtungen, jedoch keine Gewährleistung für eine Umsetzung. Er verdeutlicht diese Alternativen insbesondere für nicht mit den Abläufen vertraute Teilnehmende.

Anschließend lässt **KTA Schwidder** über den Antrag abstimmen.

einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Antrag von KTA Wiehler: Zusätzlich 30.000,00€ für Sonnenschutz am 2. Gebäude vom Gymnasium Dannenberg einzuplanen.

2.2. Produkthaushalt 2026: Budget Schulen und Produkt 28101 Kultur u. Museum	2025/653
---	----------

Herr Olm leite nach dem Vortrag des Gebäudemanagements zur Darstellung des Budgets „03 Schulen“ über. Er erläutert, dass Ergebnisplan und Finanzplan unterschieden werden. Vorrangig wird der Ergebnisplan betrachtet, weil er den Werteverzehr einschließlich Abschreibungen abbildet, während der Finanzplan die gewünschten Investitionen enthält.

Herr Olm stellt dar, das Defizit des Schulbudgets erhöhe sich gegenüber der Planungen für 2025 um rund 226.300 Euro, was vor allem auf höhere Ansätze des Gebäudemanagements sowie auf Veränderungen bei Personalkostenerstattungen und Sach- und Dienstleistungen zurückgeführt wird.

Elbauenschule Gartow:

Herr Olm hebt vor allem das SK 422100 (Unterhaltung des sonst. bewegl. Vermögens) hervor, der wegen allgemeiner Preissteigerungen und angekündigter Mehrkosten der IT-Administration von dem externen IT-Dienstleister Leben leben ansteigt. Das SK 422200 (Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände) sinkt, weil die Schule eine andere Aufteilung zwischen Ergebnis- und Finanzhaushalt wählt (von 80/20 auf 60/40) und ein einmaliger Ansatz für die Container-Innenausstattung für das Jahr 2025 entfällt. Im Finanzplan steigt das SK 783100 entsprechend der gewünschten Aufteilung der Schule. Der geplante Ansatz für das SK 787100 Hochbaumaßnahmen sinkt, weil Investitionen aktuell nicht vorgesehen sind und die Fachraumausstattung eines Biologieraumes erst im Jahr 2027 geplant wird.

KTA Bade fragt nach dem stark schwankenden SK 481100.

Herr Olm erklärt, dass dieses Sachkonto die Kosten des Gebäudemanagements an den jeweiligen Schulen abbildet.

Bernhard-Varenius-Schule:

Herr Olm erklärt, dass das SK 422100 aus denselben Gründen (Allgemeine Preissteigerungen, aber vor allem IT-Kosten). Das SK 422200 wurde von ihm korrigiert und steigt damit, da die Zuordnung der Sportgerätepauschalen je Hallenteil fälschlicherweise unter dem SK 427100 berücksichtigt wurde. Insoweit sinkt das SK 427100 um den gleichen Betrag. Er erläutert zudem, dass Menstruationsartikel pauschal berücksichtigt werden mit 500 Euro je Schule unter dem SK 427100. Die Schule bleibt bei der Verteilung zwischen Ergebnis- und Finanzhaushalt von 80/20, sodass sich das SK 483100 nicht verändert. Bei dem SK 787100 erläutert Herr Olm die 370.000 Euro, darunter Mittel aus dem Startchancen-Programm (250.000 Euro) sowie weitere Maßnahmen an der Sporthalle u. a. Überdachung/Eingangsbereich, einschließlich eines Eigenanteils bei der Förderung „Rossmann spendet Licht“.

Auf Nachfrage von KTA Flöter erklärt Herr Olm, das Startchancen-Programm ist ein anderes Förderprogramm als das Sportstättenprogramm. Für das Startchancen-Programm reichten die beiden Schulen Umsetzungswünsche ein, und es liefen Abstimmungsgespräche zur zeitlichen Umsetzung.

KTA Schwidder ergänzt, der Umsetzungszeitraum ist im Startchancen-Programm weniger kurzfristig. Bei Bedarf können weitere Sachstände im Folgejahr dargestellt werden.

Nicolas-Born-Schule:

Herr Olm erläutert, dass das SK 422100 wegen allgemeiner Preissteigerungen wie bei den vorherigen Schulen steige. Das SK 422200 fällt deutlich, weil die Positionen der EDV-Ausstattung für den Informatikunterricht in Höhe von 33.000 Euro sowie die Ersatzbeschaffung von iPads in Höhe von 7.500 Euro für das Jahr 2025 wegfallen. Die von der Schule gewünschte Aufteilung verbleibt bei 80/20, sodass das SK 783100 unverändert bleibt; das SK 787100 Hochbaumaßnahmen sinkt, da Investitionen aus dem Jahr 2025 entfallen, während für das Jahr 2026 150.000 Euro für die Sanierung des Lernhauses für das FRG sowie zweimal 30.000 Euro für Sonnenschutzmaßnahmen am FRG und der NBS eingestellt sind. Diese Position gilt es aufgrund der Ausschussempfehlungen um 30.000 Euro zu erhöhen. Eine Nachfrage zu IT-Positionen (Vmware, Veeam, Paessler) konnte Herr Olm nicht fachlich erklären. Er verweist auf den zuständigen IT-Ansprechpartner Herrn Rohmann und kündigt eine schriftliche Erläuterung an.

Frau Steffen hält fest, es gibt bereits Teilmaßnahmen für den Sonnenschutz und weitere 30.000 Euro sind nun vorgesehen. Sie bezweifelt jedoch, dass dies für das gesamte Gebäude ausreicht, und verweist auf langjährige Forderungen sowie frühere Aussagen zur „Abgängigkeit“ des Gebäudes.

Herr Meier äußert, dass im nächsten Jahr voraussichtlich erste Abhilfe möglich ist.

Jeetzel-Oberschule (Schulzentrum Lüchow):

Herr Olm erläutert den Ergebnisplan der Jeetzel-Oberschule. Das SK 422100 sinkt leicht, weil ein Ansatz zur Office-Softwareerneuerung aus dem Jahr 2025 entfällt. SK 422200 sinkt stark, weil ein großer IT-Ausstattungsposten (Informatik/EDV) aus dem Jahr 2025 entfällt. Das SK 427100 sinkt leicht, da die Kosten des „Mobilen Dienstes“ aus organisatorischen Gründen in das allgemeine Budget der Schulverwaltung umgebucht wurden. Die Mittel für den Mobilen Dienst sind aber an anderer Stelle weiterhin enthalten. Im Finanzplan fällt eine geplante Ausstattung für den sanierten Bioraum aus dem Jahr 2025 weg, sodass das SK 783100 sinkt. Bei SK 787100 sind u. a. 40.000 Euro für die Trennwand (Musikraum/Aula) sowie 15.000 Euro für einen Mülltonnen-Standplatz eingestellt.

Gymnasium Lüchow:

Herr Olm beschreibt, dass das SK 422100 moderat steigt, wie bei den anderen Schulen, aufgrund allgemeiner Preiserhöhungen und durch gestiegene IT-Kosten. Im Finanzplan reduziert sich das SK 787100 stark, weil die Zusatzmittel in Höhe von 1,5 Mio. Euro für die Sanierung der Jeetzelsporthalle aus dem Jahr 2025 entfallen. Für das Jahr 2026 enthalten sind neue Ansätze für (Aufzug), den Mülltonnen-Standplatz sowie Sanierungsmaßnahmen für den Physikraum.

Fritz-Reuter-Gymnasium Dannenberg:

Herr Olm leitet über zum Fritz-Reuter-Gymnasium. Das SK 422100 steigt, wie bei anderen Schulen, aus bekannten Gründen. Das SK 422200 steigt leicht wegen höherer Schülerzahlen und einer Korrektur in der Berechnung des Schulbudgets. Im Finanzplan erhöht sich das SK 783100 u. a. durch die Anschaffung von

brandschutzbedingt notwendigen, schwer entflammbaren Möbeln für die Pausenhalle und Cafeteria. Das SK 787100 enthält die Sanierung der Weitsprunganlage einschließlich schulischer Wünsche (Kugelstoßen und Speerwerfen).

Frau Weingarten fragt nach wann und von wem die Office-Umstellung durchgeführt wird.

Herr Olm erklärt, dass dies voraussichtlich zentral über den externen Dienstleister Leben leben organisiert wird.

Drawehn-Schule Clenze:

Herr Olm erklärt, dass sich bei der KGS die Haushaltsaufteilung (von 80/20 auf 75/25) ändert. Das SK 422100 steigt aus bekannten Gründen. Das SK 422200 steigt aufgrund der anderen Aufteilung. Im Finanzhaushalt sinkt das SK 783100 deutlich, durch den Wegfall der Ausstattung des Physik- und Chemieraumes aus dem Jahr 2025 für je 60.000 Euro.

Berufsbildende Schulen:

Herr Olm erläutert, dass das SK 422100 aus bekannten Gründen ansteigt. Das SK 422200 sinkt, weil eine Ausgabe für eine Digitalpakt-bezogene Sonderposition aus dem Jahr 2025 entfällt. Im Finanzplan verbleiben weitgehend Grundbeträge, da mehrere spezielle Anschaffungskosten aus dem Jahr 2025 entfallen.

Allgemeines Schulprodukt:

Herr Olm erklärt, Korrekturen vorgenommen zu haben, weil Ansätze im Haushaltsjahr 2025 nicht ausgeschöpft worden sind. Dies betrifft insbesondere die SK 422200 und 427100. Das SK 445800 steigt an, da höhere Erstattungen an private Unternehmen (Förderschulen) zu erwarten sind. Im Finanzplan sind im SK 783100 zudem Anschaffungswünsche des Mobilen Dienstes (Soundsäule) sowie des Kreismedienzentrums (Telepräsenzroboter) enthalten.

Musikschule:

Herr Olm verweist auf einen Kreistagsbeschluss, wonach ein jährlicher Zuschuss von 280.000 Euro die Finanzierung sichert.

KTA Schwidder fragt zu sinkenden Personalaufwandsansätzen nach. Eine schriftliche Klärung werde ange-regt.

Nachtrag der Verwaltung: Die sinkenden Personalaufwendungen im SK 401000 sind darauf zurückzuführen, dass eine der vier Mitarbeiterinnen, welche vom Landkreis beschäftigt, aber an die Musikschule abgeordnet sind, ihr Beschäftigungsverhältnis zum 31.07.2026 gekündigt hat. Insoweit sind ihre Personalkosten auch nur bis zum 31.07.2026 berücksichtigt.

Zum Schluss fragt **KTA Bade** nach der pauschalen Verteilung der Mittel für Menstruationsartikel.

Herr Olm berichtet, dass bereits eine Rücksprache mit den Schulen stattgefunden hat. An manchen Schulen werden die Budgets kaum genutzt, an manchen Schulen werden ca. bis 150 Euro genutzt.

Herr Olm schließt seinen Vortrag ab und übergibt an Frau Raeder zur Vorstellung des Kulturhaushaltes.

Frau Raeder erläutert, dass die Kennzahlen zur Kulturarbeit angepasst wurden, obwohl Kennzahlensysteme normalerweise möglichst konstant gehalten werden, um die Vergleichbarkeit über Jahre zu sichern. Die Änderungen sind nach längerer Zeit notwendig geworden.

Sie führt aus, dass bei den Besucherzahlen der Museen früher nur die zahlenden Gäste erfasst wurden. Inzwischen werden jedoch zusätzliche Besuchergruppen, etwa im Zusammenhang mit der Kulturellen Landpartie, in erheblichem Umfang hinzukommen. Diese Gäste zahlen zwar häufig keinen Eintritt, tragen aber dennoch zur Wertschöpfung und Wirkung des Museums bei, etwa durch Konsum im Automaten oder Shop sowie durch Online-Bewertungen, die für den Standort an Bedeutung gewonnen haben. Dadurch erklärt sich die deutlich gestiegene Besucherzahl beim Museum.

Zudem gibt es eine deutliche Steigerung bei der Kennzahl „Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen und Ausstellungen“. Früher sind im Wesentlichen nur Veranstaltungen erfasst worden, die durch den Kulturbereich der Kreisverwaltung im Kreishaus organisiert wurden. Da sich das Museum professionalisiert hat und dort inzwischen deutlich mehr Veranstaltungen stattfinden, werden nun auch Museumsveranstaltungen in die Statistik aufgenommen. Das umfasst große und kleine Formate sowie auch Termine, bei denen das Museum nicht Veranstalter ist, die aber organisatorisch begleitet werden müssen (Absprachen, Betreuung vor Ort, Vor- und Nachbereitung). Der erhöhte Aufwand soll dadurch sichtbar werden.

Frau Bade regt an, die Besucherzahlen künftig zu differenzieren, indem zahlende Gäste und nicht zahlende Gäste getrennt ausgewiesen werden, um Trends besser erkennen zu können.

Frau Allgeyer-Reetze fragt nach, welche geförderten Einrichtungen weggefallen sind. Dies konnte durch Frau Raeder nicht in der Sitzung beantwortet werden.

KTA Schwidder spricht an, dass eine Detailantwort bzw. Aufbereitung zu einzelnen Punkten, insbesondere zur gewünschten Differenzierung sowie zu Fragen der Förderung nicht ad hoc geklärt werden können. Er schlägt vor, diese Informationen über das Protokoll nachzuliefern, da dies zwar relevant, aber nicht unmittelbar entscheidungs- oder haushaltswirksam in der Sitzung zu klären ist.

Nachtrag der Verwaltung: Die Nachfrage wurde bereits durch das Dokument „Nachtrag zum KSA vom 19.11.2025 Kulturförderung 2022-2025 Überblick Antragstellende“ vom 09.12.2025 für die KTAs beantwortet.

KTA Schwidder schließt den Teil ab und leitet weiter zum nächsten Redebeitrag von KTA Haase-Mühlner.

KTA Haase-Mühlner erinnert daran, dass er bereits vor Jahren gegenüber Frau Raeder und der Landrätin seine Bereitschaft erklärt hat, sich fachlich in die Vorbereitung des anstehenden Jubiläums der Partnerschaft mit Oborniki einzubringen. Er erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Planungen und begrüßt, dass hierfür Mittel im Haushalt eingestellt sind. Zugleich warnt er davor, das Jubiläum unvorbereitet zu lassen, da dies aus seiner Sicht ein kultureller Fehler wäre. Er betont die Bedeutung der internationalen Begegnungen und weist darauf hin, dass eine frühzeitige Termin- und Programmplanung notwendig ist, insbesondere im Hinblick auf einzuladende Gäste. Er stellt klar, dass er seine Unterstützung angeboten hat, dies jedoch nicht privat leisten kann, sondern eine strukturierte Planung erforderlich ist.

Frau Raeder entgegnet, dass das Jubiläum grundsätzlich eingeplant ist, konkrete Planungen jedoch noch nicht vorliegen. Sie erläutert, dass es sinnvoll erscheint, das Jubiläum gemeinsam mit der Stadt Lüchow zu gestalten, da auch dort eine Partnerschaft besteht. Gleichzeitig gibt es den Hinweis, dass im kommenden Jahr möglicherweise auch ein Stadtjubiläum in Lüchow ansteht, was die Abstimmungen beeinflusst.

KTA Schwidder leitet anschließend thematisch weiter und nimmt Bezug auf den Bereich Schülerbeförderung im Haushalt. Zwar sei der KSA nicht für die Empfehlung der entsprechenden Haushaltsstellen zuständig, könnte aber aufgrund der Zusage der Landrätin zum Beginn der Wahlperiode bei der Haushaltsberatung hierzu Stellung nehmen. Er übergibt an die Verwaltung.

Herr Olm erklärt, dass er zu dem Haushaltsentwurf der Schülerbeförderung keine Stellung nehmen kann, da diese Haushaltspositionen nicht durch die Schulverwaltung sondern durch die Stabsstelle Mobilität vorbereitet werden.

KTA Schwidder entschuldigt sich zunächst für ein Missverständnis im Ablauf und erläutert dann seine Nachfragen zur Schülerbeförderung. Er stellt fest, dass sich die Haushaltsansätze im Vergleich zu den Vorjahren verändert haben. Nach rund 3,3 Mio. Euro im Vorjahr und 4,4 Mio. Euro im laufenden Jahr liegt der Ansatz für das kommende Jahr unter 4 Mio. Euro. In der Vorlage wird ausgeführt, dass bestimmte Kosten, etwa für gesonderte Schülerbeförderungen wie Tagesgruppenfahrten, geringer ausfallen. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass frühere Kostenentwicklungen – insbesondere im Zusammenhang mit freigestelltem Schülerverkehr und der Herauslösung aus dem Wendlandnetz – künftig zu niedrigeren Annahmen führten, während der Bedarf an ergänzendem flexiblem Schülerverkehr ab dem Schuljahr 2026/27 noch nicht absehbar ist.

Er betont, dass die Schülerbeförderung zwar originär im Fachausschuss Klimamobilität beraten wird, der Schulausschuss jedoch bewusst ebenfalls einen Blick darauf wirft. Da sich diesmal zumindest rechnerisch Veränderungen ergeben, regt er an, Schulen, Eltern- und Schülervvertretungen für die weiteren Entwicklungen zu sensibilisieren. Er stellt fest, dass hierzu bislang keine gesonderte Information in den Schulausschuss eingebracht worden ist und schlägt vor, gegebenenfalls Erläuterungen über das Protokoll nachzuliefern.

KTA Wiehler erläutert aus ihrer Erfahrung im Fachausschuss Klima und Mobilität, dass die Zahlen zur Schülerbeförderung nur begrenzt aussagekräftig sind, da Schülerverkehr und ÖPNV in verschiedenen Haushaltsstellen miteinander verzahnt sind. Schwankungen lassen daher nicht automatisch auf Angebotskürzungen schließen. Sie verweist zudem auf Sonderausschreibungen im vergangenen Jahr, etwa infolge von Problemen mit Fahrplattformen, die die Zahlen zusätzlich beeinflusst haben.

Für die Schulen wichtiger ist aus ihrer Sicht ein anderer Punkt. Die zuständige LSE ist bei der Fahrplanmodellierung stark auf frühzeitig gemeldete Schülerzahlen angewiesen. Eltern müssen sensibilisiert werden, Wohnortwechsel rechtzeitig mitzuteilen, da verspätete Informationen zu fehlenden oder unpassenden Busverbindungen führen. Dies stellt Schulen regelmäßig vor große Schwierigkeiten. Sie sieht hier einen zentralen Kommunikations- und Mitwirkungsbedarf seitens der Eltern, der stärker verdeutlicht werden muss.

Frau Prigge erklärt, die für die Schülerbeförderung benötigten Zahlen werden von den Schulen teils zu Zeitpunkten abgefragt, zu denen diese noch gar nicht vorliegen. Gerade vor den Anmeldungen an weiterführenden Schulen können Schulen nur mit Schätzungen arbeiten, was eine verlässliche Planung unmöglich macht.

KTA Wiehler pflichtet dem bei und meint, die Informationen müssen früher in die Grundschulen hinein vermittelt werden. Die Verkehrsplaner benötigen sehr lange Vorlaufzeiten, insbesondere in kleinen Dörfern, die teilweise nur wegen eines einzigen Kindes angefahren werden. Wenn diese Information erst kurz vor Schuljahresbeginn vorliegen, lässt sich der Gesamtfahrplan kaum sinnvoll gestalten. Sie betont, dies sei kein Vorwurf an Schulen, sondern Ausdruck der Komplexität des Systems, hält es aber für notwendig, Eltern stärker dafür zu sensibilisieren, dass sie durch frühzeitige Angaben aktiv an der Planung mitwirken.

Frau Lumpe erläutert, die formalen Anmeldungen liegen erst etwa acht Wochen vor Schuljahresbeginn vor. Zwar finden bereits im Januar oder Februar Informationsabende statt, die eigentlichen Anmeldungen erfolgen jedoch im Mai. Da Eltern bis dahin frei entscheiden können, welche Schule ihr Kind besucht, ist es für die Schulen unmöglich, vorher verbindlich zu wissen, welche Schülerinnen und Schüler aus welchen Orten tatsächlich kommen werden.

KTA Schwidder stellt fest, dass die Schulen damit nicht der richtige Adressat für die Kritik sind. Er hält den Austausch zwischen Schulausschuss und Klimamobilitätsausschuss jedoch für wichtig, da Informationen aus beiden Bereichen sonst aneinander vorbeilaufen.

KTA Klepper schildert seine Beobachtung, dass in kleinen Orten sehr unterschiedliche Busgrößen eingesetzt werden, obwohl sich die Zahl der beförderten Kinder kaum ändert. Er hält dies für widersprüchlich und fragt nach, wo konkret auf Energieeinsparung und Effizienz in der Schülerbeförderung geachtet wird.

KTA Kretschmer äußert Zweifel daran, dass Eltern sich tatsächlich erst im Mai für die weiterführende Schule entscheiden, und hält dies für wenig glaubhaft.

Frau Meyer (RLSB) erläutert, dass viele Eltern die endgültige Schulentcheidung ihrer Kinder erst sehr spät treffen, teils sogar erst in den Sommerferien oder zum Schuljahresbeginn. Zwar weiß ein Teil der Familien bereits zu Weihnachten, wohin das Kind geht, doch ein erheblicher Anteil entscheidet sich erst nach Ferien, Freundeswechsellern oder neuen sozialen Bindungen.

KTA Flöter zeigt sich darüber erstaunt und verweist auf andere Regionen, in denen Schulplatzentscheidungen deutlich früher getroffen werden, wird aber von KTA Schwidder darauf hingewiesen, dass die Situation im Landkreis strukturell anders ist.

Frau Weingarten bestätigt, dass im Landkreis ausreichend Schulplätze vorhanden sind, weshalb kein Zeitdruck besteht. Eltern und Kinder nehmen sich nach dem Tag der offenen Tür im Frühjahr bewusst Zeit für die Entscheidung.

Frau Meyer (RLSB) ergänzt, dass die Wahlfreiheit im Sekundarbereich sehr groß ist. Die Beratung beginnt bereits ab Klasse 4 im Herbst, dennoch ist die endgültige Entscheidung Sache der Eltern.

KTA Wiehler betont, dass diese späten Entscheidungen zwar legitim sind, aber direkte Folgen für die Schülerbeförderung haben. Wer sehr spät meldet, muss damit rechnen, keine optimale Busanbindung zu erhalten. Die Planung ist hochkomplex, insbesondere in kleinen Dörfern, und kurzfristige Änderungen können bestehende Verkehre für viele andere Kinder verschlechtern. Sie hält es für notwendig, Eltern stärker über diese Zusammenhänge zu informieren.

KTA Schulz fragt, ob den Eltern diese Konsequenzen tatsächlich bewusst ist.

Frau Weingarten vermutet, dass dies häufig nicht der Fall ist, und kündigt an, beim nächsten Tag der offenen Tür gezielt darauf hinzuweisen.

KTA Schwidder regt an, den Austausch zwischen Schulausschuss und Klimamobilitätsausschuss zu intensivieren, damit Schulen, Verkehrsplanung und Politik gemeinsam auf neue Entwicklungen reagieren können.

KTA Bade schlägt vor, bereits die Grundschulen stärker in die Sensibilisierung der Eltern einzubeziehen, da man dort viele Familien früh erreicht.

Frau Steffen erklärt, dass frühere Anmeldetermine an weiterführenden Schulen zwar möglich sind, die Grundschulen aber durch verpflichtende Beratungsgespräche vor den Osterferien nicht fertig werden. Dadurch verschiebt sich die Anmeldungen zwangsläufig nach hinten, was die Planbarkeit für weiterführende Schulen und die Schülerbeförderung erschwert.

KTA Wiehler ergänzt, dass Eltern auch wissen müssten, an wen sie sich bei Umzügen oder Änderungen wenden können, etwa an die LSE oder zuständige Stellen, damit zumindest vorläufige Listen geführt werden können und die Verkehrsplanung früher reagieren kann.

KTA Schwidder hält fest, dass Fragen zur Schülerbeförderung und zum ÖPNV regelmäßig sowohl im Schulausschuss als auch im Klimamobilitätsausschuss aufkommen. Er regt an, diese Themen künftig in einer gemeinsamen Sitzung beider Ausschüsse vertieft zu behandeln.

KTA Schulz wirft zusätzlich das Thema der Schulanfangszeiten auf, da diese erheblichen Einfluss auf den Schülerverkehr haben, die Schulleitungen jedoch im Klimamobilitätsausschuss nicht vertreten sind. Auch hierfür hält er eine gemeinsame Beratung beider Ausschüsse für sinnvoll.

KTA Wiehler erläutert, dass es in den vergangenen Jahren bereits viele Abstimmungen zwischen Schulen und Fachdienst gegeben habe und einzelne Schulzeiten bereits angepasst worden sind, was teilweise auch Einsparungen ermöglicht hat. Die Entscheidung liegt jedoch letztlich bei den Schulen, die sich an die Fahrpläne der LSE anpassen müssen. Sie sieht deshalb eine gemeinsame Ausschusssitzung als richtigen Weg.

Frau Steffen weist auf ein weiteres Problem hin. Zwar ermöglicht das Jugendticket grundsätzlich kostenfreie Busfahrten, in der Praxis können größere Schülergruppen jedoch oft nicht mit dem regulären ÖPNV befördert werden. Für Ausflüge, Museumsbesuche oder Theaterfahrten müssen deshalb teure Sonderbusse gebucht werden, was Schulen und Eltern stark belastet und besonders im ländlichen Raum eine erhebliche Benachteiligung darstellt.

KTA Wiehler verknüpft dies mit dem Kulturbereich und erinnere an frühere Förderprogramme, die Schulbusfahrten zu kulturellen Einrichtungen bezuschusst haben. Sie hält es für sinnvoll zu prüfen, ob solche Programme erneut verfügbar sind, da sie sowohl den Schulen als auch den Kultureinrichtungen genutzt haben.

Frau Raeder verweist auf aktuelle Förderprojekte im Kulturbereich, etwa im Rundlingsmuseum, die über Stiftungen finanziert werden.

KTA Schwidder bekräftigt, dass eine gemeinsame Sitzung mit der LSE, dem Fachdienst Mobilität und den Schulen sinnvoll ist, um solche Fragen gebündelt zu klären und rechtzeitig anzukündigen.

Im Anschluss leitet **KTA Schwidder** zur Beschlussfassung über. Er stellt fest, dass keine weiteren Nachfragen zur Schülerbeförderung vorliegen und dass über die Empfehlung der Haushaltsprodukte im Bereich Schulen und Kulturförderung abzustimmen ist.

Bei der Abstimmung ergeben sich neun Ja-Stimmen, eine Enthaltung, die sich auf den Bereich der Kulturförderung bezieht. Damit empfehle der Ausschuss die entsprechenden Haushaltsansätze.

KTA Schwidder dankt den Beteiligten für die intensive Darstellung und Beratung und stellt fest, dass diese für den Ausschuss von hohem Wert gewesen ist.

einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

Für das Haushaltsjahr 2026 werden folgende Plan-Zahlen für den Ergebnishaushalt festgelegt:

	Erträge	Aufwendungen	Defizit
Produkt 21601 Kombinierte Haupt- u. Realschulen, Oberschulen (Summe)	134.100 €	4.265.300 €	- 4.131.200 €
Kostenstelle 03010107 Elbauenschule Gartow (GOBS)	40.000 €	843.400 €	- 803.400 €
Kostenstelle 03010108 Bernhard-Varenius-Schule Hitzacker	27.800 €	1.261.000 €	- 1.233.200 €
Kostenstelle 03010113 Nicolas-Born-Schule Dannenberg	31.800 €	1.134.700 €	- 1.102.900 €
Kostenstelle 03010114 Jeetzel-Oberschule Lüchow	34.500 €	1.026.200 €	- 991.700 €
Produkt 21701 Gymnasien (Summe)	56.500 €	2.316.600 €	- 2.260.100 €
Kostenstelle 03010109 Gymnasium Lüchow	14.600 €	1.081.000 €	- 1.066.400 €
Kostenstelle 03010110 Fritz-Reuter-Gymnasium Dannenberg	41.900 €	1.235.600 €	- 1.193.700 €
Produkt 21801 Gesamtschulen (Summe)	62.400 €	1.503.700 €	- 1.441.300 €
Kostenstelle 03010112 Drawehn-Schule Clenze	62.400 €	1.503.700 €	- 1.441.300 €
Produkt 23101 Berufliche Schulen (Summe)	201.900 €	2.185.700 €	- 1.983.800 €
Kostenstelle Berufsbildende Schulen Lüchow-Dannenberg	201.900 €	2.185.700 €	- 1.983.800 €
Produkt 24301 Sonstige Schul- und Bildungseinrichtungen	243.000 €	2.414.500 €	- 2.171.500 €
Produkt 26301 Musikschulen	192.800 €	472.800 €	- 280.000 €
Budget 3 gesamt	890.700 €	13.158.600 €	- 12.267.900 €
Produkt 28101 Kultur und Museum	70.700 €	526.700 €	- 456.000 €

Herr Olm führt einleitend aus, dass die Verwaltung nach intensiven Vorgesprächen mit Gebäudemanagement, Schulverwaltung, Sportbund, Sportfachverbänden und dem SC Lüchow entschieden hat, für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ zunächst eine möglichst fördersichere Variante einzureichen. Vorgesehen ist deshalb, bei Beschlussvorlage A vorerst nur den Neubau der Sporthalle auf Basis der bereits weiter fortgeschrittenen Planung der Sporthalle Clenze einzureichen. Eine umfassende Gesamtlösung mit Vereinsheim und weiteren Bausteinen soll damit nicht ausgeschlossen, sondern aus Gründen der Förderfähigkeit zunächst zurückgestellt werden. Zusätzlich soll mit Beschlussvorlage B die Weitsprunganlage in Dannenberg und mit Beschlussvorlage C der sogenannte Ninja-Park eingereicht werden. Voraussetzung ist ein Kreistagsbeschluss bis Mitte Dezember, da die Bewerbungsfrist am 15. Januar endet.

KTA Haase-Mühlner unterstützt dieses Vorgehen deutlich. Er hebt hervor, dass schnell und effizient gearbeitet worden ist und dass es fahrlässig wäre, die vorhandenen Fördertöpfe nicht zu nutzen. Angesichts des schlechten Zustands der bestehenden Halle hält er ein zügiges Vorgehen für zwingend notwendig.

Herr Haacke (SC Lüchow) äußert hingegen Kritik. Er bemängelt fehlende Kommunikation seit dem Abstimmungsgespräch im September und kritisiert, dass die jetzige Beschlussvorlage ohne erneute Abstimmung mit dem Verein entstanden ist. Durch die neue Standortwahl und den Verzicht auf eine integrierte Gesamtlösung mit Vereinsheim und Sanitärtrakt gehen aus seiner Sicht wichtige Synergieeffekte verloren, etwa bei Heizung, Leitungen und gemeinsamer Nutzung. Die Annahme, dass ein Vereinsheim die Förderfähigkeit gefährden kann, hält er für nicht belegt. Auch der marode bestehende Sanitär- und Umkleidebereich für den Außensport ist in der Vorlage nicht berücksichtigt. Zudem ist der neue Standort sehr dicht am Spielfeld und ein Fitnessraum nicht mehr vorgesehen. Insgesamt entsteht für den Verein der Eindruck, dass eine echte Gesamtlösung politisch nicht gewollt ist.

Herr Olm entgegnet, dass die kurzfristige Vorgehensweise allein aus dem engen Zeitfenster des Förderprogramms resultiert. Die Verwaltung hat über die Hotline des Bundesprogramms erfahren, dass die Förderfähigkeit stark vom Einzelfall abhängt und ein zu großes, aber in den Planungen noch nicht gereiftes Projekt auch vollständig abgelehnt werden kann. Deshalb ist der Ansatz gewählt, zunächst den klar förderfähigen Hallenneubau einzureichen, um überhaupt eine Chance auf Bewilligung zu haben. Das bedeutet nicht, dass Vereinsheim und Außensanitärtrakt dauerhaft ausgeschlossen werden. Hinzu kommt, dass für eine Gesamtlösung derzeit nicht die geforderte Planungsreife (Leistungsphase 3) vorliegt, während für den Hallenneubau auf Grundlage der Clenzer Planung diese Voraussetzung erfüllt werden kann. Ziel ist es, das Projekt nicht zu gefährden und später gemeinsam mit dem Verein weiterzuentwickeln.

Frau Flöter erkundigt sich, ob der Neubau einen Sanitärtrakt für die Außensportler beinhaltet.

Herr Olm stellt klar, dass nach der aktuellen Einreichungsvariante nur ein hallenbezogener Sanitärtrakt vorgesehen ist. Ein separater Sanitärtrakt für Fußball, Leichtathletik und Außensport wäre damit zunächst nicht abgedeckt, kann aber politisch noch ergänzt werden.

Herr Haacke (SC Lüchow) stellt klar, dass der in der Vorlage enthaltene Sanitärtrakt ausschließlich für die neue Halle nutzbar wäre und nicht für den Außensport. Damit bleibt das marode Umkleide- und Sanitärgebäude für Fußball und Leichtathletik weiterhin ungelöst. Er erinnert daran, dass der Verein bereits im April auf Planungsbedarf hingewiesen hat. Sein Vorschlag war, das dreijährige Förderprogramm gestaffelt zu nutzen. Zunächst die Halle, in einem späteren Schritt Umkleide- und Sanitärgebäude und ggf. darüber ein Vereinsheim. Dieses soll nicht als Sportstätte gefördert werden, sondern über eine kluge Kombination mit förderfähigen Bausteinen realisiert werden.

KTA Schwidder zeigt Verständnis für den Zeitdruck und erläutert, dass die Verwaltung angesichts der kurzfristig bekannt gewordenen Förderbedingungen auf bereits vorhandene Planungen (Clenzer Halle) zurückgreift, wie es bei Konjunkturprogrammen üblich ist. Er schlägt vor, ein weiteres gemeinsames Abstimmungs-

gespräch zwischen Verwaltung, Verein und Politik zu führen, um offene Punkte zu klären und tragfähige Kompromisse zu entwickeln.

Herr Olm erklärt, dass nach Auskunft der Förder-Hotline ein Vereinsheim grundsätzlich förderfähig sein kann, wenn es der Allgemeinheit offensteht. Von dort hat er auch erfahren, dass einzureichende Projektskizze später weiterentwickelt werden kann, falls der Antrag in die nächste Förderphase kommt. Inwieweit dies ausgestaltet werden kann, ist ihm nicht bekannt.

Herr Meier widersprach dieser Einschätzung teilweise. Aus seiner Erfahrung muss die Projektskizze sehr nah an der späteren Umsetzung liegen. Eine vollständige Gesamtlösung mit Halle, Außensanitärtrakt und Vereinsheim bis zum 15. Januar förderfähig auszuarbeiten ist unrealistisch. Mit der bestehenden Planung der Clenzer Halle besteht eine reale Chance auf Förderung. Ein erweitertes Gesamtprojekt würde diese Chance erheblich gefährden.

KTA Schulz stellt fest, dass trotz unterschiedlicher Einschätzungen ein gangbarer Weg gefunden ist. Der Antrag für die neue Sporthalle soll jetzt eingereicht werden, gestützt auf die Auskünfte der Förder-Hotline, mit der Option, in einer späteren Förderphase das abgängige Umkleide- und Sanitärgebäude sowie ein mögliches Vereinsheim als „Plan B“ nachzuschieben.

Herr Haacke (SC Lüchow) bestätigt, dass ein Umschwenken jetzt zu spät ist, sah aber ebenfalls Spielräume für spätere Ergänzungen.

Auf Geschäftsordnungsantrag von **KTA Haase-Mühlner** und **KTA Schwidder** wurde vorgeschlagen, zeitnah in kleiner Runde – Verwaltung, Politik und SC Lüchow – weiter zu beraten, um offene Punkte zu klären.

KTA Wiehler regt an, formell festzuhalten, dass im ersten Quartal 2026 Gespräche über eine mögliche zweite Förderphase mit Einbeziehung des Sanierungstrakts geführt werden, damit das Thema nicht verloren geht.

Abschließend wurden die drei Beschlussvorschläge der Verwaltung (A: Sporthalle Lüchow, B: Weitsprunganlage Dannenberg, C: Ninja-Park Lüchow) gemeinsam abgestimmt und einstimmig empfohlen.

einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

- a) **Die Schulverwaltung wird beauftragt, die Projektskizze des Gebäudemanagements zur Planung und Neubau einer 2-Feld-Sporthalle inklusive Gymnastikraum und Sanitärtrakt (in Anlehnung an die Sporthalle in Clenze) für das Förderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ einzureichen**
- b) **Die Schulverwaltung wird beauftragt, die Projektskizze des Gebäudemanagements zur Sanierung der Weitsprunganlage in Dannenberg für das Förderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ einzureichen**
- c) **Die Schulverwaltung wird beauftragt, eine Projektskizze des geplanten „Ninja-Parks“ für die Jeetzel-Oberschule für das Förderprogramm „Sanierung kommunaler Sportstätten“ einzureichen**

4. Projektförderung „Digitalisierung im Verbund“

2025/659

KTA Schwidder lässt über die Punkte abstimmen. Der weitere Zuschusspunkt zum Bereich Kultur/Verbund wurde ohne Gegenstimmen und Enthaltungen einstimmig empfohlen.

einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, das Verbundprojekt aus dem Kulturbudget mit reduzierter Antragssumme in Höhe von 1.050 Eur. zu unterstützen.

5. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

KTA Haase-Mühlner weist auf ein aktuelles Problem am Gymnasium Lüchow hin.

Auf dem westliche Schulweg, der ursprünglich laut Gebäudemanagement eingezäunt werden soll, laufen die Schüler durch Matsch, der sich zu Schlamm entwickelt. Er bittet darum, zumindest Matten oder eine provisorische Lösung einzurichten, um die Wege nutzbar zu halten und die Arbeit der Reinigungskräfte zu erleichtern.

KTA Schwidder nimmt dies zur Kenntnis. Weitere Anfragen gab es nicht.

5.1. Ergebnisse der Juniorenwahlen an den kreiseigenen Schulen

2025/654

Zu Punkt 5.1 gab es dazu keine Nachfragen, Ergänzungen oder Gegenstimmen.

5.2. Unterrichtung erfolgter Vergabe - Lieferung eines Klassensatzes Notebooks, MS-Office und Mäusen für den Informatik-Raum der Nicolas-Born-Schule in Dannenberg

2025/650

Zu Punkt 5.2 wurde über die erfolgreiche Vergabe zur Lieferung eines Gerätesatzes verschiedener EDV-Geräte für die NBS informiert. Es gibt dazu keine Nachfragen oder Erläuterungen.

5.3. Produkthaushalt 2026: Produkt 24101 Schülerbeförderung

2025/598

Das Thema Schüler- und Schülerinnenbeförderung war bereits zuvor behandelt worden. Weitere schriftliche Vorlagen lagen nicht vor.

Da alle Tagesordnungspunkte im öffentlichen Teil abgearbeitet waren und kein nichtöffentlicher Teil notwendig war, schließt **KTA Schwidder** die Sitzung um 17:59 Uhr und bedankte sich bei allen Anwesenden mit guten Wünschen zum Jahresende.

gez. Schwidder

Vorsitzender

gez. Wolff

Protokollführung